

Geburtshilfe in Daun erhalten!

18. November 2018

DIE LINKE. Kreisverband Vulkaneifel unterstützt das Anliegen der Interessengemeinschaft „Geburtshilfe Daun“ und fordert:

- Die Geburtshilfe in Daun muss erhalten bleiben!
- Der Staat (Land/Bund) muss gute Arbeitsbedingungen in der Gesundheitsversorgung sicherstellen. Die gegenwärtigen Strukturen bewirken ständige Überlastung von Pflege- und medizinischem Personal, weshalb viele Stellen nicht mehr zu besetzen sind. Vielen ist eine Vollzeitätigkeit aufgrund der dauerhaften Überlastung und fehlenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht möglich.
- Arbeitgeber und Politik sind gefragt, Strukturen zu schaffen, die es für Ärzte attraktiv machen, einen Arbeitsplatz auf dem Land anzunehmen, wie insbesondere ein besserer Ausbau der regionalen Infrastruktur, Kinderbetreuung z. B. in Form von zeitlich flexiblen Betriebskittas, die im Übrigen für fast alle Eltern im medizinischen und pflegerischen Dienst dringend benötigt werden.
- Das System der Fallpauschalen ist abzuschaffen und die Zentralisierung der Geburtshilfe zu stoppen.
- Die Privatisierung der Daseinsfürsorge und die damit einhergehende Profitorientierung auch im Gesundheitswesen ist rückgängig zu machen. Es zeichnet sich zunehmend eine katastrophale Versorgungssituation im Gesundheitswesen ab.
- Die Steuererleichterungen für Reiche sind rückgängig zu machen und die wiedergewonnenen Mittel für die Daseinsfürsorge einschließlich des Gesundheitswesens einzusetzen. Seit Jahren macht der Staat Politik hauptsächlich für Reiche. Sahara Wagenknecht spricht zu Recht von „Staatsversagen“.

Hintergrundinformationen

Die Schließung der geburtshilflichen Station in Daun folgt dem Trend der Zentralisierung der Geburtshilfe, auch wenn man dem Träger zugute halten muss, dass er die im Minus wirtschaftende Abteilung bisher aus eigenen Mitteln finanziert hat.

Die Zentralisierung der Geburtshilfe vor allem im ländlichen Raum Vulkaneifel bringt eine weitere Verschlechterung der geburtshilflichen Versorgungssituation mit sich. Schon heute werden werdende Mütter / Familien im Kreis Vulkaneifel um ihr Recht auf eine freie Wahl des Geburtsortes beschnitten. Im weiten Radius um Daun / Vulkaneifel findet sich kein einziges Geburtshaus in ca. 100 km Umkreis. Ebenso sucht man vergeblich nach freiberuflich in der Geburtshilfe tätigen Hausgeburtshebammen. Diese Situation resultiert u. a. maßgeblich aus der politisch bewusst tolerierten und man muss sagen, gewollten Privatisierung von Haftungsrisiken in der Geburtshilfe, die vor allem freiberufliche Hebammen schwer trifft und ein existenziell auskömmliches Einkommen absolut unmöglich macht.

Durch die Schließung zahlreicher kleinerer Geburtsstationen in der gesamten Region Eifel und zukünftig nun auch in Daun müssen zukünftige Eltern mit zeitlich erheblich längeren Anfahrtswegen rechnen, die unter Umständen gerade bei schlechten Witterungsverhältnissen im Winter deutlich über eine Stunde betragen können. Gerade bei sich spontan anbahnenden Geburtskomplikationen kann dies zu einer Gefährdung von Mutter und Kind führen, die wir nicht billigend in Kauf nehmen dürfen.

Da die verbliebenen Geburtshilfestationen außerhalb der Vulkaneifel nun zukünftig den Bedarf auffangen müssen und häufig – wie die Erfahrung allgemein deutschlandweit zeigt – keine personelle Anpassung an die gestiegenen Fallzahlen an Geburten erfolgt, ist damit zu rechnen, dass sich die Versorgung während der Geburt für Mutter und Kind verschlechtert. So ist häufig eine 1:1-Betreuung nicht mehr gewährleistet und durch die Parallelbetreuung von mehreren Geburten gleichzeitig sind Mutter und Kind wie auch das Personal erhöhtem Stress ausgesetzt, was zu weiteren Risiken führt.

Was den Facharztmangel auf dem Land betrifft, so ist anzumerken, dass dieser nicht nur die Geburtshilfe betrifft, sondern auch andere Bereiche wie u. a. kinderärztliche Versorgung und Psychiatrie / Psychotherapie. Auch hier zeichnet sich zunehmend eine katastrophale Versorgungssituation ab. Hier sind Arbeitgeber und Politik gefragt, Strukturen zu schaffen, die es für Ärzte attraktiv machen, einen Arbeitsplatz auf dem Land anzunehmen, wie insbesondere ein besserer Ausbau der regionalen Infrastruktur, Kinderbetreuung z. B. in Form von zeitlich flexiblen Betriebskita, die im Übrigen für fast alle Eltern im medizinischen und pflegerischen Dienst dringend benötigt werden. Kirchliche Arbeitgeber müssen zudem angehalten werden, von ihren rigiden Einstellungspraktiken wie einer Kirchengliederung abzugehen sowie ihre eigene Ideologie auf die private Lebensgestaltung ihrer Mitarbeiter übertragen zu wollen. Zusätzlich sind sie aufgefordert Mitarbeiterrechte zu stärken.

Von staatlicher Seite fordern wir eine Aufstockung der Medizinstudienplätze, die in den letzten Jahren um 10 % abgebaut wurden, sowie attraktivere Arbeitsbedingungen im Inland, die eine bessere Work-Life-Balance ermöglichen. Nur so kann zudem auch die Abwanderung von Fachkräften ins Ausland abgemildert werden, wo bessere Arbeitsbedingungen als in Deutschland gegeben sind.